

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident.

Geehrte Kolleginnen und Kollegen.

Die CDU versucht sich erneut am Thema Kultur. Unter der schlichten Überschrift „Senioren und Kultur“ liegt uns ein Antrag vor, der inhaltlich auch so schlicht und oberflächlich ist, wie es die Überschrift verspricht. Auf eineinhalb Seiten werden Allgemeinplätze aufgezählt, die man nicht verneinen kann.

Ja, die SPD-Fraktion spricht sich auch für die Vernetzung von Kulturinstitutionen und Senioreneinrichtungen aus.

Ja, die SPD-Fraktion möchte auch, dass sich viele ältere Menschen bürgerschaftlich und ehrenamtlich in die Kulturarbeit einbringen.

Ja, die SPD-Fraktion will, dass es attraktive Kultur- und Bildungsangebote für alle Menschen gibt und hält eine generationsübergreifende Zusammenarbeit auch in der Kulturarbeit für wichtig!

Meine Damen und Herren, wer wollte das eigentlich nicht?

Es gilt das gesprochene Wort!

Der Antrag „Senioren und Kultur“ kommt allerdings über diese Selbstverständlichkeiten nicht hinaus. In den Forderungen bleibt die CDU appellativ. An keiner Stelle wird konkret beschrieben, wie die Kultureinrichtungen gestärkt werden könnten, um sich auf eine älter werdende Bevölkerung einzustellen. Die Situation der Kultureinrichtungen und der Kulturarbeit insbesondere auf kommunaler Ebene, also da, wo die meisten Menschen erreicht werden, wird völlig ausgeblendet.

Bürgerschaftliches Engagement ist ein zentrales Moment der Leistungsfähigkeit kultureller Institutionen. Dies muss befördert und abgesichert werden. Bürgerschaftliches Engagement darf aber nicht als Lückenbüßer für ein Versagen des Staates in der Kulturarbeit dienen.

Eine große Herausforderung besteht zusätzlich darin, kulturelle Angebote trotz Bevölkerungsverlusten vorzuhalten und zu sichern, also in der Fläche präsent zu bleiben und sie zugleich den finanziellen Möglichkeiten einer Stadt, einer Gemeinde oder einer Region anzupassen.

Es gilt das gesprochene Wort!

Die Beantwortung dieser Frage ist entscheidend, um den demographischen Wandel zu bewältigen. Wie dies passieren könnte, darüber erfahren wir in diesem Antrag nichts. Ohne Kultureinrichtungen gibt es auch keine Angebote für Senioren. Und sie alle wissen, dass der Rechtfertigungsdruck für Kulturangebote in den Kommunen, die unter dem Zwang der Haushaltskonsolidierung stehen, immer größer wird. Dieser Druck kann nicht allein durch ehrenamtliches Engagement aufgefangen werden.

Meine Damen und Herren, ein großes Defizit dieses Antrages ist darüber hinaus, dass die Lebenssituation der Älteren im Antrag der CDU keine Berücksichtigung finden. Wenn man sich aber wünscht, die ältere Generation mehr in das kulturelle Leben einzubeziehen, dann muss man wissen, wie es den Älteren geht. Gesellschaftliche Teilhabe ist bei den Älteren nicht selbstverständlich.

Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass es eine Zweiklassengesellschaft von Senioren gibt und zwar die, die es sich leisten können an der Kultur teilzunehmen und es gibt die Gruppe der Senioren die

Es gilt das gesprochene Wort!

sich an Stelle von Kultur lieber ein Butterbrot gönnen bzw. gönnen müssen.

Wir wissen, dass die Altersarmut in den nächsten Jahren steigen wird. Dies hat auch Auswirkungen auf die kulturelle Teilhabe der Älteren.

Aktive Kulturnutzung ist – auch und gerade im Alter – Schlüssel zu sozialer Integration und Beteiligung und hilft, Lebensqualität zu erhalten und soziale Netze zu knüpfen. Der Bildungs- und Kulturbereich ist daher neben dem Gesundheits- und Sozialbereich in besonderer Weise gefordert zu zeigen, wie der gesellschaftliche Zuwachs an Lebenszeit positiv gestaltet werden kann.

Möglichst vielen Menschen auch im Alter kulturelle Teilhabe zu ermöglichen, stellt eine Zukunftsaufgabe dar. Hier besteht bildungs- und kulturpolitischer Handlungsbedarf. Der Zugang zu Bildungs- und Kulturangeboten muss für alle Generationen gewährleistet werden. Das bedeutet auch, dass man auf die unterschiedlichen Zielgruppen, auf ihre Interessen und Bedürfnisse differenziert eingeht.

Es gilt das gesprochene Wort!

Dies gilt insbesondere für ältere Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Eine Antwort darauf vermisst man im Antrag.

Experten haben dazu Forderungen vorgelegt. So fordern die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ sowie der Deutsche Kulturrat und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen u.a. die Gleichstellung der Altenkulturarbeit und der kulturellen Kinder- und Jugendbildung in den Ländern, einen Kulturpass für finanziell weniger gut gestellte Ältere und verstärkte Anstrengungen, um den barrierefreien Zugang zu Kulturangeboten herzustellen. Leider erreicht der vorliegende CDU-Antrag an keiner Stelle eine solche Konkretisierung.

Meine Damen und Herren, die Debatte um die Einbindung der älteren Generation wird in den Expertenkreisen und vor allem bei den Kultureinrichtungen seit langem intensiv in vielfältiger Form diskutiert.

Es gilt das gesprochene Wort!

Und wenn man sich in den niedersächsischen Museen, Theater, Musik- und Kunstschulen umschaute, sich die Angebote der Soziokultur oder der Landschaftsverbände in Niedersachsen vor Augen führt, dann weiß man, dass es gute Ansätze gibt. In der gelebten kulturellen Praxis ist man weiter, als dieser Antrag den Eindruck erweckt.

Freundlich formuliert, stößt dieser Antrag minimal eine Debatte um den demographischen Wandel und die Auswirkungen in der Kulturarbeit an, wegweisendes dazu enthält er aber an keiner Stelle. Wie die bisherigen Ansätze unserer Kultureinrichtungen gestärkt werden könnten, bleibt im Dunkeln.

Vielleicht gelingt es uns in der Ausschussberatung etwas konkreter zu werden. Die Senioren hätten es verdient.

Vielen Dank.